Senioren Vertretung Bremen

DURCHBLICK

Oktober 2016

Nachrichten für Seniorinnen und Senioren
unabhängig, kritisch, zielgerichtet, werbefrei

Die Ausgaben in der Krankenversicherung werden weiter ansteigen

Es gibt Anzeichen dafür, dass die Ausgaben der Krankenversicherungen und damit auch die Beiträge der Versicherten in nächster Zeit heftig ansteigen werden. Dazu nimmt Günter Steffen Stellung. Er kennt sich von Berufs wegen im Gesundheitswesen bestens aus. **(mehr auf Seite 2)**

Ohne Hürden Geld abheben

(**Foto:** Stefan Reinholz, in „Blick“, S.12)

Nicht nur für Sehbehinderte und Blinde, sondern auch für viele ältere Menschen sind Geldautomaten häufig Barrieren, weil die Bedienung für sie oft nur eingeschränkt möglich ist. Auch wer das Glück hat, noch zu sehen, kämpft manchmal verzweifelt mit den Automaten, weil Programme wechseln oder Bedienungsstörungen und Erinnerungslücken vorliegen. Raymund Haller tritt schon seit längerer Zeit für mehr Barrierefreiheit bei den Bankautomaten ein. **(mehr auf Seite 6)**

Bremens Zentral-Omnibus-Bahnhof

Auch noch 2016: Gedrängel, keine Toiletten, zu wenige Sitzgelegenheiten, kein guter Wetterschutz, Fahrradweg mittendurch (**Foto:** J. Schwolow)

Die schon lange beklagenswerten Verhältnisse am Bremer **Z**entralen **O**mnibus **B**ahnhof werden wohl in nächster Zeit kein Ende finden. Es fehlt anscheinend der Wille der zuständigen Behörden und der Politik, die Notlösung des ZOB am Breitenweg und die langwierigen Diskussionen über einen neuen Standort zu beenden. Die Bremer Seniorenvertretung hat jetzt in einer Resolution gefordert, endlich eine Entscheidung zu treffen und diese zeitnah umzusetzen. **(mehr auf Seite 3)**

Der Frieden läßt sich nicht erkämpfen und nicht herbeischreien. Er gedeiht am besten ohne den Menschen.

Waltraut Puzicha (1926-2013), dt. Aphoristikerin

(***Foto:*** *D. Feller)*

Der Anteil älterer Menschen mit Migrationshintergrund in Bremer Altenwohn- und Pflegeheimen

Die Arbeitsgruppe Pflege und Wohnen im Alter musste vor kurzer Zeit feststellen, dass die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund, die in Altenwohn- und Pflegeheimen leben, allgemein unbekannt ist. Deshalb hat sich Zeynep Sümer als Migrantenbeauftragte der Bremer Seniorenvertretung an die Arbeit gemacht, einen Faktencheck zu erstellen. Ihre Ergebnisse werden in dieser und der nächsten Ausgabe des DURCHBLICK vorgestellt. **(mehr auf Seite 4)**

Geht uns der Anstand verloren?

Diese Frage stellt sich zwangsläufig, wenn man täglich in den Medien von Flegeleien, Skandalen und schweren Straftaten lesen muss, an denen alle gesellschaftlichen Kreise bis in die Spitzen von Wirtschaft und Politik beteiligt sind. Unsere Gesellschaft scheint zu vergessen, dass auch der Rechtsstaat nicht auf ethische Normen verzichten kann. **(mehr auf Seite 5)**

INHALT

Heftigere Ausgabenmaschinerie in der Krankenversicherung	S. 2
Augen unserer Stadt	S. 2
Der ZOB – immer noch eine endlose Geschichte	S. 3
Migranten in Bremer Heimen (1)	S. 4
Geht uns der Anstand verloren?	S. 5
Ohne Hürden Geld abheben	S. 6
Gesperrte Brücke in Habenhausen	S. 6
Aus den Arbeitskreisen	S. 7
Aus dem Seniorenbeirat Bremerhaven	S. 8
Landesseniorenvertretung	S. 8
Türkçe informasyonlar	S. 9

Seniorenforum

Die Ausgabenmaschinerie in der Krankenversicherung nimmt 2016 weiter Fahrt auf

Der Staat, Krankenkassen und Leistungserbringer im Gesundheitswesen sorgen dafür, dass die Arbeitnehmer und Rentner erneut höhere Zusatzbeiträge jetzt oder in Konsequenz in 2017 entrichten müssen. Der Arbeitgeber beteiligt sich daran nicht.

Die Krankenkassen und Leistungserbringer (u.a.Ärzte, Krankenhäuser, Zahnärzte, Pharmaindustrie, Häusliche Krankenpflege, Hilfsmittel, Verwaltungen) haben erneut im Rahmen der Selbstverwaltung überall höhere Vergütungen zu Lasten der Mitglieder/Beitragszahler vereinbart, die 2016 voraussichtlich mindestens 3,8% Ausgabensteigerungen ergeben werden.

Für einen Großteil der Arbeitslosengeld-II-Empfänger erstattet der Staat den Krankenkassen nicht die realen Ausgaben. Dafür kommen weiterhin die zahlenden Mitglieder in Milliardenhöhe auf. Nunmehr hat sich die Bundesregierung entschlossen, die Krankenkassen mit 1,5 Mrd. Euro aus den gezahlten Beiträgen, die im Gesundheitsfonds angesammelt wurden, zu entlasten. Ein Geschenk ist es nun wahrlich nicht. Der Staat hat durch kostspielige Reformen in den letzten Monaten (Ergänzung psychiatrischer Leistungen, Krankenhausreform zum Abbau der Überkapazitäten und Einführung des Präventionsgesetzes) für erhebliche Mehrausgaben anteilmäßig in diesem Jahr und in den nächsten Jahren bei den Krankenkassen gesorgt. Es ist nicht mehr nachvollziehbar, wieso die Politik ausschließlich Arbeitnehmer und Rentner so bewusst zur Kasse bittet.

Wie aus der Presse des Spitzenverbandes der Krankenkassen zu entnehmen ist, hat in der Vergangenheit planmäßig organisierter Betrug bei Abrechnungen in dreistelliger Millionenhöhe für häusliche Krankenpflege in unserem Land von zugelassenen russischen ambulanten Pflegebetrieben stattgefunden. Die Zulassungen sind von unseren Krankenkassen erfolgt, wobei es keinerlei rechtliche Überprüfungsmöglichkeiten des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen gab und auch heute noch nicht gibt.

Das macht deutlich, dass die verantwortlichen Sozialpolitiker scheinbar die Zusammenhänge, warum die Mitgliederbeiträge jetzt von Jahr zu Jahr angehoben werden, nicht erkennen wollen oder können. Der Beitragszahler hat jedenfalls keine Lobby, nicht bei den Krankenkassen, nicht bei den Parteien und auch nicht bei den Gewerkschaften. **Günter Steffen, Lemwerder**

Die für das Seniorenforum zugesandten Beiträge können gekürzt werden und geben die persönliche Auffassung ihrer Verfasser/-innen wieder, deren Name stets genannt wird und deren postalische Adresse bekannt ist. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Augen unserer Stadt - Gemeinsam für Sicherheit

Achtsamkeitsaktion der Bremer Polizei

Liebe Augen unserer Stadt, kaum hat der Innenminister die Überarbeitung des Katastrophenschutz-Konzeptes bekannt gegeben, schon wirft man ihm ein schlechtes Timing vor. Stimmt ja auch irgendwie. Das alte Konzept ist veraltet und passt nicht mehr in die heutige Zeit. Da hätte man längst ran gemusst. Ich für meinen Teil bin froh, dass die das überhaupt noch gemerkt und neu aufgelegt haben!

Die bekannt gewordenen Empfehlungen decken sich mit denen anderer Länder. Dass wir nun so spät dran sind, hat den Vorteil, dass wir auf gemachte Erfahrungen – bei uns und im Ausland – aufbauen können. Unsere Empfehlung: Halten Sie sich daran, soweit es geht. Ein paar Vorräte im Haus schaden niemand und Bargeld Zuhause bunkern - warum nicht -, auf der Bank bringt es keine Zinsen. Aber aufgepasst: so mancher Einbrecher freut sich ob dieser Aufforderung und hofft auf fette Beute! Geld Zuhause immer sicher – am Besten in einem Safe – verwahren. Und natürlich den mechanischen Einbruchschutz nicht vergessen.

Ist Ihnen auch aufgefallen, dass wir im Katastrophenfall oder anlässlich eines Attentates oder eines Amoklaufes die ersten Informationen nicht von den Behörden bekommen? Tatsächlich sind es Augenzeugen, zufällig anwesende Passanten, die mittels Smartphone erste Bilder rund um den Globus schicken – und damit auch diverse Gerüchte.

Wem oder was soll ich glauben? Soll ich zu Hause bleiben oder meine Wohnung verlassen? Können Straßen noch befahren werden? Welche? Fragen über Fragen. Für diese und andere Gelegenheiten wurden spezielle Warn-Apps eingerichtet, die sie unter folgenden Adressen erreichen können.

1. https://www.katwarn.de/
2. http://www.bbk.bund.de/DE/NINA/Warn-App_NINA.html

praeventionszentrum@polizei.bremen.de
Tel.: 0421 362 19627 **Holger Ihnen**

Der ZOB – immer noch eine endlose Geschichte

Die Baugrube vor dem Hauptbahnhof bereitet bisher nur Schwierigkeiten. Viele Bremer Bürger/-innen haben Kritik an der Platz- und Baugestaltung geübt, lange hat das verkaufte Investorgrundstück nach dem Verkauf (Juni 2011) vor sich hin geschlafen, dann ging es endlich los mit dem Buddeln (2015). Aber vor kurzem ruhte wieder der Bau wegen hinderlicher Bodenbewegungen, die einen Teil der Straßenbahnhaltestellen still legten, die Hochstraße in Schräglage brachten und die Gemüter erneut in Wallung versetzten. Kostensteigerungen liegen bereits an, wohl nicht nur für den Investor, sondern auch für die Stadt. Wer weiß, was für sie vom Verkaufspreis letztlich noch übrig bleibt?!

Das alles hätte sich vermeiden lassen, wenn man die Stimmen der Kritiker ernst genommen hätte. Auch die Bremer Seniorenvertretung hatte sich gegen das Bauvorhaben ausgesprochen, weniger aus architektonischer Sicht, mehr wegen der funktionalen Nutzung des Platzes. Schon 2002 hatte sie nach Auflösung des Standorts des **Z**entralen-**O**mnibus-**B**ahnhofs vor dem Überseemuseum und Hauptbahnhof eine vergebliche Petition bei der Bremischen Bürgerschaft gegen die Auflösung des ehemaligen Verkehrsknotenpunkts und die Verteilung der Busse auf drei unterschiedliche Standorte (Bahnhofsvorplatz, Breitenweg, Hugo-Schauinsland-Platz) eingebracht. Diese Standorte sind weder kundenfreundlich noch barrierefrei, die Lagehinweise zur Orientierung der Reisenden sind dürftig, die Wege vom Bahnhof bis dorthin lang und beschwerlich, besonders bei Bremer Schmuddelwetter.

(**Foto:** J. Schwolow)

Die Wartemöglichkeiten sind immer noch trotz einiger Verbesserungen wenig ansprechend, und die Barrierefreiheit ist sehr eingeschränkt. Der dicht vorbeifließende Verkehr am Breitenweg und der Fahrradweg, der durch die Warteflächen führt, bergen Gefahren. Die Entscheidung, das Investorgrundstück trotz vieler Gegenstimmen zu privatisieren und zu verkaufen, kostete Bremen einen idealen ZOB-Standort. An den jetzigen Notlösungen hat sich in all den Jahren nur wenig geändert, insgesamt gesehen eigentlich mehr verschlechtert, und das nicht zuletzt durch die Freigabe des Fernbusverkehrs seit 2013, die lange vorher angekündigt wurde. Die Reaktionen des Verkehrssenators fielen bisher zurückhaltend aus. Es haben zwar seitdem zum Thema ZOB etliche Sitzungen von Verkehrsausschüssen getagt, Umfragen stattgefunden, Gutachten wurden erstellt und Alternativen gesucht. Unter letzteren waren auch solche, die mit der Forderung nach einem zentral gelegenen Busbahnhof überhaupt nichts zu tun hatten (Bahnhof Mahndorf/Flughafen). Jetzt soll die Bau-Deputation wohl den Vorschlag der Seniorenvertretung favorisieren, nämlich den neuen ZOB auf das Gelände hinter dem ehemaligen Fruchthof zu legen, weil dort das letzte Areal ist, das den Ansprüchen an eine verkehrsangemessene, kundenfreundliche, alters- und behindertenorientierte Infrastruktur eines ZOBs genügen könnte.

(**Foto:** J. Schwolow)

Aber was geschieht? Erst einmal soll ein weiteres Gutachten angefertigt und im Herbst 2016 der Planungsauftrag erteilt werden. Das alles sieht nach weiteren langzeitlichen Verzögerungen aus. Auf jeden Fall wächst der Fernbusverkehr, ebenso die Unzufriedenheit der Reisenden, und Bremen liegt als Oberzentrum mit seinem ZOB-Angebot hinter vergleichbaren Städten weit zurück. Wen wundert es? Der ZOB ist nicht die einzige Baustelle in unserer Stadt, über die seit Jahren herumgeredet wird, ohne dass Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden. Ob die Verkehrsbehörde wohl bald mal in die Puschen kommt?

Joachim Schwolow

Das einzig Lebendige
an der Bürokratie: ihre Opfer.
Wolfgang Mocker, dt.Journalist

Die Lage der Migranten in Bremer Altenwohn- und Pflegeheimen Teil 1

Bevölkerung Stadt Bremen

Gesamtbevölkerung: davon Menschen mit Migrationshintergund:	**548.547** 162.319	29,59% der Gesamtbevölkerung
Generation 65plus, davon Menschen mit Migrationshintergrund	**155.733** 15.572	13,42% der Generation 65plus
Prognose Zahl der Migranten 65plus im Jahr 2030	22.913	20% der Generation 65plus
Generation 80plus, davon Menschen mit Migrationshintergrund:	**30.017** 932	3,10% der Bevölkerung 80plus
Herkunftsländer der Menschen mit Migrationshintergrund:		
Türkei	36.803	22,67%
GUS-Staaten	27.798	17,12%
Polen	20.543	12.65%
andere	77.175	47,56%

(**Quelle:** Statistisches Landesamt Bremen, 31.12.2013)

Aufgrund des demografischen Wandels in der Gesellschaft wird auch die Zahl der älteren Menschen mit Migrationshintergrund in der Bremer Bevölkerung ansteigen. Die erste Generation sogenannter „Gastarbeiter“ wollte damals nur ein paar Jahre arbeiten und dann wieder in ihre Heimat zurückkehren. Daher hat sich diese Generation über das Älterwerden in Deutschland keine Gedanken gemacht und auch nicht darauf vorbereitet. Heute pendelt ein großer Teil dieser Menschen zwischen ihrer Heimat und Deutschland, aber mit zunehmendem Alter bleiben doch viele wieder aus gesundheitlichen und familiären Gründen in Deutschland. Die erste Generation und auch ein Großteil der zweiten Generation sind stark religiös und traditionell von islamischen Grundsätzen geprägt. Die Pflege von Eltern ist eine Familiensache und wird als Pflicht der Kinder gegenüber den Älteren verstanden. Daher wird die Unterbringung der Eltern in Heimen von den Kindern abgelehnt. Der Heimaufenthalt wird immer als letzte Möglichkeit angesehen.

Durch die strukturellen, familiären und auch gesellschaftlichen Veränderungen wird Hilfsbereitschaft hinsichtlich der Pflege der Eltern und Verwandten für die Kinder und die anderen Familienmitglieder immer mehr zur Belastung. Sie haben jetzt, auf sich gestellt, ihre eigenen Probleme mit Haushalt, Berufstätigkeit und Kindererziehung. Das hat zur Folge, dass ein Heimaufenthalt für Eltern nicht mehr wie früher vehement abgelehnt wird. Die Migranten, die aus anderen Kulturen kommen, meistens die Muslime, haben Ängste und Vorurteile gegenüber Heimen und möchten, so lange wie möglich, in ihren eigenen vier Wänden leben. Aber wenn es nicht mehr geht, wissen sie auch, dass die Heime ihnen helfen können. Daher wird nun zunehmend doch erwogen, im „Altersheim“ zu wohnen oder sich einem „Pflegeheim“ anzuvertrauen. So wird die Zahl der alten Menschen mit Migrationshintergrund in den Heimen zunehmen.

Deshalb ist es nötig, dass die Einrichtungen ihre Angebote verändern, z.B. kultur- und religionssensibel eingerichtete Räume anbieten und auch die kulturellen, sprachlichen und religiösen Bedürfnisse von älteren Migrantinnen/Migranten berücksichtigen. Strukturelle Änderungen sind auch beim Pflegepersonal wichtig. Es sollten häufiger Pflegekräfte eingesetzt werden, die muttersprachlich mit den Pflegebedürftigen kommunizieren können und über biografische und interkulturelle Kenntnisse verfügen.

In diesem Zusammenhang interessieren folgende Fragen: Wie ist die aktuelle Lage, wie viele Migranten sind bereits in Bremer Alten- oder Pflegeheimen untergebracht ? Wie kann zukünftig kultursensible Altenpflege gemäß den Bedürfnissen von Migranten gestaltet werden?

Dazu wurde im Juni 2016 von Zeynep Sümer eine telefonische Befragung in 77 Altenwohn- und Pflegeheimen durchgeführt, deren Ergebnisse im November-Durchblick tabellarisch, sozusagen als Faktencheck vorgestellt werden. (Fortsetzung folgt!)

Zeynep Sümer

Zur Diskussion gestellt

von Gerd Feller

Wo bleibt der Anstand?

Die historische Erfahrung lehrt, dass die menschlichen Gesellschaften in allen Kontinenten nur dann zum Wohle und in Frieden für alle funktionieren, wenn außer demokratisch geschaffenen Gesetzen auch gewachsene ethische Normen, tradierte Lebensweisen und gepflegte Umgangsformen eingehalten werden. Ein solches Verhalten entsprechend der allgemeinen ehtisch-moralischen Ansprüche und Erwartungen kann als Anstand definiert werden.

Nach Immanuel Kant (1724-1804) helfen die gesellschaftlichen Verhaltensregeln in vielen Situationen, die Frage zu beantworten: „Was soll ich tun?“. Darüber herrscht trotz gesetzlicher Regelungen oft Unklarheit. Dann können die Regeln des Anstands, die persönliche Urteilskraft und das geschulte Gewissen einem Menschen in einer kaum noch überschaubaren Welt die Richtung seines Handelns weisen. Besteht z.B. gesellschaftlicher Konsens über den Wert der Menschenrechte oder der Toleranz, darf der Zweck des Handelns auf keinen Fall dagegen verstoßen. Sonst sind der Frieden, die Erhaltung der Lebensweise und die gesellschaftliche Weiterentwicklung bedroht. Dieses Postulat trotz aller Freiheit des Denkens und Willens zu akzeptieren, wäre im Sinne Kants „vernünftig“ und eines aufgeklärten Menschens würdig.

Zu Kants Zeiten herrschte weitgehend Einigkeit darüber, was der Anstand fordert. Heute bedarf es in einer kapitalistischen und pluralistischen Gesellschaft, um Anstand zu wahren, nicht nur diesbezüglicher philosophischer Exkurse, sondern mehr denn je lebensnaher Vorbilder, die Anstand vorleben und damit verdeutlichen, welches Handeln für die Allgemeinheit sinnvoll ist und wie sich Affekte, z.B. Egoismus, Geldsucht, Neid, Missgunst, Machtgier, Rachsucht, Ideologiewahn etc. bekämpfen und oft auch besiegen lassen.

Den Anspruch, Vorbild sein zu wollen, erheben vor allem hochrangige Vertreter/-innen unserer Gesellschaft. Aber denkt man an die häufigen Skandale in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, dann kommt man zu der Erkenntnis, dass der Anstand trotz allen Bemühens viel zu oft gerade bei denen auf der Strecke bleibt, die glauben, etwas Besonderes zu sein und Verantwortung übernehmen zu müssen. Man setzt aus Eigennutz die gesellschaftliche Solidarität und das innergesellschaftliche Vertrauen aufs Spiel, zerstört leichtfertig Arbeitsplätze und damit Existenzen anderer, inflationiert menschliche Beziehungen, wie es gerade so gefällt, und pfeift auf Anstand, damit der Euro rollt oder das Ego befriedigt wird. Wer glaubt, dass unser Bildungs- und Erziehungswesen es schafft, anständiges Verhalten zu vermitteln, der irrt gewaltig. Es fehlen ausreichend überzeugende Vorbilder und damit überzeugende Lernanreize. Gerne wird die Vernunft auch mit Bauchgefühl klein geredet. Wenn z.B. Uneinigkeit darüber herrscht, ob Steuerhinterzieher und korrupte Führungskräfte immer noch oder sogar nach Strafvollzug in höheren Ämtern und als Vorbild der Jugend akzeptiert werden sollten, besteht wohl Verhandlungsbedarf über den Zustand des Anstands in unserem Lande.

Zum Kapitalismus gesellt sich noch die Globalisierung als Problem. Wir sind ein offenes Land und stehen inzwischen sehr unterschiedlichen Wertewelten gegenüber. Wenn wir offen bleiben wollen, darf keine Beliebigkeit herrschen, sondern alle Bürger/-innen müssen sich auf einen allgemeingültigen Fundus von Werten einigen, die anständiges Handeln zum Wohle und zum Frieden aller gewährleisten. Die Grundlagen für die Pflege anständiger Handlungsmuster müssen immer wieder neu ausgehandelt und dann konsequent umgesetzt werden.

Nicht nur die Politik täte gut daran, die Diskussion darüber, wie wir uns das gesellschaftliche Leben in Zukunft vorstellen, intensiver als bisher zu führen. Daran müssen sich auch die Bürger/innen lebhafter beteiligen, wenn sie nicht in einer Gesellschaft leben wollen, in der sich die Auffassungen von Anstand täglich je nach Bedarf verändern und in der dann Steuerhinterziehung, Korruption und Betrug zu „Kavaliersdelikten“ erklärt werden und Gewalt und Diskriminierung zur Tagesordnung gehören. Auch wir Seniorinnen/Senioren sollten uns dieser Diskussion nicht verschließen. In unserer Jugend, der Aufbauphase eines zerbrochenen Landes, gehörte zum Erziehungsprogramm eine gründliche Anstandsschulung, so ganz nebenbei, meistens durch die Eltern und das familiäre Umfeld sowie durch mehr Vorbilder, manchmal nervig, trotzdem ertragbar und durchaus bis heute nachhaltig.

Richtig, liebe Leser/-innen, letztlich muss man sich die überzeugenden Vorbilder selbst aussuchen, aber dabei hilft Kant mit dem kategorischen Imperativ: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“ Zeitgenossen, die sich dieser Maxime verpflichten, könnten für ein Leben mit Anstand Vorbilder sein.

Ohne Hürden Geld abheben
Interview mit Raymund Haller

Für Sehbehinderte und Blinde sind Geldautomaten häufig Barrieren, denn die Bedienung ist für sie oft nur eingeschränkt möglich. Moderne Bildschirme (Touchscreens) bereiten besonders viele Probleme. Zudem steigt der Funktionsumfang der Geldautomaten. Blinden- und Sehbehindertenverbände engagieren sich seit Jahren dafür, die Geräte barrierefreier zu machen und dies auch als nationalen Standard zu verankern. Da geht es um die Position und Kennzeichnung des Karteneinschubs, Anordnung, Layout und Funktionsweise der Tastatur, Sprachausgabe und Bildschirmanzeige. Neben Verbänden sind auch Privatpersonen engagiert. Raymund Haller zum Beispiel. Er setzt sich dafür ein, nicht nur die Bedienung der Automaten, sondern auch die Geldausgabe barrierefreier zu gestalten.

Raymund Haller
(**Foto:** Stefan Reinholz)

Herr Haller, warum setzen Sie sich dafür ein, auch den Geldauswurf von Bankautomaten zu ändern?

Ich habe eine hochgradig sehbehinderte Mutter. Weil sie an der trockenen Form der Makuladegeneration leidet, erledige ich ihre Geldgeschäfte. Außerdem habe ich von einem blinden Freund erfahren, dass er bei geordnetem Auswurf der Geldscheine deren Wert leichter erkennen könne. Ihm ist es wichtig, dass er seine Geldgeschäfte möglichst selbstständig und selbstbestimmt erledigen kann, und dies würde ihm sehr helfen.

Wieso muss die Geldausgabe modifiziert werden? Erkennen Sehbehinderte den Wert von Geldscheinen nicht an der Größe und anderen Merkmalen?

Gleichgerichtet, vorderseitig und richtungsorientiert ausgegebene Banknoten lassen sich von Sehbehinderten und Blinden leichter und schneller überprüfen und zügiger verstauen. Damit ist die Gefahr geringer, dass dem Bankkunden – bemerkt oder unbemerkt – Scheine auf den Boden fallen. Einer älteren Bekannten ist dies widerfahren. Sie hatte große Angst, dass ihr jemand die auf dem Boden liegenden Scheine stiehlt.

Es soll also die Zeit, die ein Mensch am Automaten verbringt, minimiert werden. Geht es hier auch um die Gefahr von Überfällen?

Tatsächlich hat mich ein Freund darauf gebracht, als er mir von seinen Ängsten erzählte. Mir geht es nicht in erster Linie um eine reale Überfallgefahr, vielmehr beschäftigt mich die Frage, was ein Blinder oder Sehbehinderter beim Geldabheben subjektiv empfindet. Wichtig ist mir, dass er möglichst kurz am Bankautomaten verweilt, denn das ist für ihn eine Zeitspanne, in der er sich unsicher fühlt und womöglich Angst vor einem Überfall hat.

Organisationen, die sehbehinderte Menschen vertreten, und Verbände der Banken engagieren sich, um die Geldautomaten möglichst barrierefrei zu machen. Reicht das aus?

Erstere vertreten die Anliegen von Sehbehinderten und Blinden. Banken verfolgen dagegen primär wirtschaftliche Ziele. Die Interessenlagen beider Gruppen ist also nicht deckungsgleich, meine ich. Wenn sie sich einigen wollen, müssen beide Seiten Zugeständnisse machen. Jedoch: Mit meinem Anliegen sehe ich mich auf der Seite der Sehbehinderten und Blindenvertreter. Was bisher zum Thema „Barrierefreie Geldautomaten“ als Absicht formuliert und umgesetzt wurde, reicht noch nicht aus. Falls Sie mehr über das Vorhaben von Herrn Haller erfahren möchten: Tel.: 0721/49 81 06

(**Quelle:** Information des Landesseniorenrates Baden-Württemberg, 3. Quartal 2016, S.12)

Gesperrte Brücke in Habenhausen – ein Ärgernis.

Seit nunmehr fast zweieinhalb Jahren ist die Fleetbrücke Habenhauser Landwehr zwischen der Anna-Seghers-Straße und der Senator-Bahlke-Strasse gesperrt. Senioren/Seniorinnen, mit und ohne Rollator, Behinderte, Mütter mit Kindern und Kinderwagen sind auf diese Verbindung angewiesen. Aber auch einfach nur viele Habenhauser Bewohner benutzen bzw. benutzten diese Brücke täglich für ihre dringenden, notwendigen und oft nicht sehr leichten Besorgungen und Einkäufe beim Einkaufzentrum *real kauf*, beim *Werder Karree*, bei der Sparkassenfiliale und bei anderen Geschäften. Über diese Verbindung erreichen und erreichten sie gefahrlos und schnell das wichtige Einkaufszentrum.

Fleetbrücke Habenhausener Landwehr
(**Foto:** Fritz Bolte)

(Fortsetzung auf Seite 7)

(Fortsetzung von Seite 6)

Es ist unverständlich, dass bis heute so viel Zeit verging und dieser Missstand noch nicht beseitigt wurde. Mit Begründungen, wie z.B. neuen Entwurfsplanungen, konstruktiven und wirtschaftlichen Aspekten, Planungsverfahren und mehr, wird wertvolle Zeit vergeudet und die Erneuerung immer weiter zum Nachteil aller Beteiligten verzögert.

Wir geben der Erwartung Ausdruck, dass nun schnellstens, nachdem die Planungen abgeschlossen sind, auch mit dem Bau einer neuen Brücke begonnen wird und nicht wieder Monate ins Land gehen.

Fritz Bolte

Aus den Arbeitskreisen

AK Pflege und Gesundheit

Am 6.September 2016 hat der AK ein heikles Thema aufgegriffen: die qualifizierte Leichenschau in Bremen. Dazu waren als Sachverständige Dr. Kirsten Kappert-Gonther (MdBB) und Dr. Olaf Cordes (Institutsdirektor Rechtsmedizin, Klinikum Bremen-Mitte) eingeladen. Sie erläuterten ausführlich den Anlass und skizzierten alternative Regelungen für dieses Vorhaben. Bremen strebt die qualifizierte Leichenschau an, um das Verfahren zu verbessern. Es wird mehr der Klarheit als der kriminellen Prävention dienen. Noch liegen aber keine endgültigen Ergebnisse für die Umsetzung dieses politischen Willens vor.

Die qualifizierte Leichenschau unterscheidet sich vom augenblicklichen Verfahren dadurch, dass nicht nur bei einer inneren Leichenschau (Obduktion), sondern bereits bei der ersten äußeren Begutachtung fachlich gut ausgebildete und erfahrene Mediziner/-innen eingesetzt werden, sodass möglichst in jedem Fall die Todesursache eindeutig und schnell erfasst werden kann. Das bedeutet, dass zuerst sowohl ein Haus-, Not- oder Krankenhausarzt als auch ein Gerichtsmediziner den Tod feststellen und die Ursache untersuchen sollen. Bleiben dabei Unklarheiten oder entsteht der Verdacht auf eine Straftat, wird auf dem Rechtswege zusätzlich die innere Leichenschau angeordnet. Die erste Untersuchung findet am Sterbeort statt, die zweite, wenn nötig, im gerichtsmedizinischen Institut. Alles, was an Rücksicht auf die Angehörigen nötig ist, soll gewährleistet werden.

Die Bremer SV besteht wegen unterschiedlicher Gesetzeslagen in den Bundesländern darauf, dass beide Untersuchungen nur in Bremen absolviert werden dürfen. Ein Leichenexport in nichtbremische Institute mit anschließendem Reimport müsse laut Gesetz untersagt werden. Außerdem müsse auch noch gründlicher über kultursensible Verfahren der Leichenschau und über die Kostenverteilung gesprochen werden.

AK Bauen, Wohnen und Verkehr

Die Arbeitskreissitzung am 6.September 2016 beschäftigte sich mit der **Sicherheit und Mobilität im öffentlichen Raum**. Eingeladen war Herr Holling von der BSAG. Er erläuterte die Einrichtungen zur Sicherheit in Bussen und Bahnen (Videokameras, Kommunikation mit dem Personal und mit der Polizei) und an den Haltestellen. Die weitere Anschaffung von Niederflurfahrzeugen sei geplant. Der Bau von Rampen und der Umbau von Haltestellen für einen barrierefreien Ein- und Ausstieg obliege dem Amt für Straßenverkehr. Die Gestaltung von Haltestellen verbessere sich jedoch durch zukünftige Anschaffung geeigneter Fahrzeuge. Dabei hätten auch Kunden und das Forum „Barrierefreies Bremen“ die Möglichkeit, beratend mitzuwirken. In der Diskussionsrunde wurden die Mitnahme von Fahrrädern, Kinderwagen, die Schwierigkeiten mit Kartenautomaten und die Sauberkeit in den Fahrzeugen (Essen,Trinken, Abfälle) angesprochen.

Der Beirat Gröpelingen hat sich dafür ausgesprochen, in einem Gebäude an der Gröpelinger Heerstraße Mietwohnungen und Serviceappartments einzurichten. Stattdessen will die Sozialsenatorin dort ein Übergangswohnheim für 300 Menschen einrichten. Der AK stimmte bei einer Enthaltung der Position des Beirats zu.

Am Schluss verabschiedete der AK einstimmig eine **Resolution zum ZOB**. Die Bremer Seniorenvertretung sieht in der seit 2002 bestehenden Notlösung des ZOB ein eklatantes Versagen von Politik und Verwaltung. Sie fordert den Senat nachdrücklich auf, die zuständigen Behörden zu veranlassen, möglichst unverzüglich in die Planung einzusteigen, die Verlegung des ZOB an den favorisierten Standort (hinter dem ehemaligen Fruchthof) einzuleiten und endlich zu einem Ende zu bringen.

(s. auch Seite 3)

Aus dem Seniorenbeirat der Seestadt Bremerhaven

„Reha vor Pflege“ **Das Credo der speziellen altersmedizinischen Schmerztherapie**!

Der Vorsitzende des Seniorenbeirats in der Seestadt Bremerhaven, Wilhelm Behrens, hatte Herrn Dr. Rüdiger Thiesemann (Klinikum St.-Joseph, Brhv.) als Facharzt für Innere Medizin und für spezielle physikalische Schmerztherapie eingeladen, um über das Thema Reha vor Pflege zu referieren.

Er berichtete, dass bei den über 70-Jährigen jeder dritte unter mehreren chronischen Schmerzen leidet. Die Beweglichkeit sowie das Hör- und Sehvermögen lassen mit zunehmendem Alter nach. Im Klinikum St.-Joseph erhalten diese Patienten von geriatrischen Spezialisten eine umfassende und speziell auf die Beschwerden ausgerichtete Versorgung. Gemeinsam mit den Fachärzten und den Krankenpflegekräften wird zuerst die Krankengeschichte erörtert. Dabei können jederzeit auch Fachkräfte für Demenz, Logopädie und Ergotherapie sowie Personen für die Seelsorge hinzugezogen werden. Man weiß, dass bei der Medikamentengabe der Körper im Alter empfindlich reagiert. Daher müssen Nebenwirkungen, so gut es geht, reduziert werden. Alle Mitarbeiter im Altersmedizinischen Zentrum des Klinikums bemühen sich, den Patienten eine aktivierende therapeutische Pflege zu geben. Ein physiotherapeutisches Labor hilft dabei. Eine Videoaufzeichnung verdeutlichte die Arbeit mit den älteren Menschen, um ihre Mobilität zu aktivieren. Körper und Seele sollen gestärkt werden. Ziel ist, dass die Patienten nach dem Krankenhausaufenthalt in ihre Wohnung zurückkehren können.

Das Referat zur speziellen Schmerztherapie im Altersmedizinischen Zentrum des St.-Joseph-Klinikums in Bremerhaven führte zu einer lebhaften Diskussionsrunde und machte vielen Besuchern wieder Mut.

Wolfgang Schröter

Zusammenarbeit der Seniorenbeiräte im Landkreises Cuxhaven und der Stadt Geestland

Im Landkreis Cuxhaven und in der Stadt Geestland sind Neuwahlen zu den Seniorenbeiräten durchgeführt worden. Mit Vertretern der Vorstände, auch des Seniorenbeirats Bremerhaven, ist über eine lockere Zusammenarbeit diskutiert worden. Bisher bestand immer nur ein geringer Kontakt zum Landkreis. Er soll nun ausgebaut werden.

Eine rege Diskussion entstand um die Form der Zusammenarbeit. Es wurde deutlich, dass durch die dörfliche Struktur der Zusammenhalt unter den Senioren gut ist. Es funktionieren z.B. die Gesundheitswoche und -tage, die Nachbarschaftshilfe und die Kirchengemeinden. Letztere sind ebenfalls aktiv in der Seniorenarbeit tätig. Eine engere Zusammenarbeit könnte den Gedankenaustausch aber noch intensivieren.

Die Vorsitzenden verabreden, sich zukünftig regelmäßig über seniorenrelevante Veranstaltungen zu informieren und rechtzeitig Einladungen zu versenden.

Eine erste gemeinsame Veranstaltung im Oktober soll das Thema: „Weniger Leistung – mehr Gebühren“ aufgreifen. Grundlage ist ein Bankenpapier über „Negativzinsen“.

Wolfgang Schröter

Landesseniorenvertretung Bremen

Am 22.08.16 tagte die Landesseniorenvertretung, diesmal in Bremerhaven. Die Bremer und Bremerhavener Vertreter/innen informierten sich gegenseitig über die Arbeit in den letzten Monaten. Beschlüsse wurden nicht gefasst. Am 10.11.16 findet in Wremen eine Klausurtagung statt. Im Februar 2017 wird sich die Landesseniorenvertretung in Bremen-Nord treffen.

Impressum
Landesseniorenvertretung
Tivoli-Hochhaus, 4.Etage, Z.14,
Bahnhofsplatz 29, 28195 Bremen,
Tel.: (0421) 3 61 67 69
Seniorenvertretung@soziales.bremen.de
www. Seniorenlotse.bremen.de/senioren-vertretung

Der **DURCHBLICK** ist das Mitteilungsblatt der Seniorenvertretungen im Lande Bremen
Redaktion: Gerd Feller (V.i.S.d.P)
E-Mail:gerd.h.feller@nord-com.net

Der **DURCHBLICK** erscheint monatlich auch im Internet unter: www.seniorenlotse.bremen.de/senioren-vertretung/Durchblick
Redaktionsschluss: Jeweils der 15. des Monats, der dem nächsten Erscheinungstermin vorausgeht.
Aktuelle Ausgabe Nr. 201

Bremen Eyaleti'nde hospitz ve palyatif bakımı güçlendirmek!

Bremen Parlementosu CDU parti grubu , Meclis'e 12/04/16 tarihinde hospitz- ve palyatif bakım için bir gensoru verdi. Vesile ,yeterli hospitz ve palyatif sağlık tesislerinin hala tatmin edici olmaması nedeni. Bremen YaşlılarTemsilciliği 2008 yılından bu yana bu soru ile meşgul olmuş ve politikacılardan taleplerde bulunmuştur. Mark Castens bu konuda yalnız başına uğraşı vermiş ve dilekçeleri Berlin´de ve Bremen´de kabul edilmiştir. 2012 yılından bu yana Bremen'de bir Yuvarlak Masa (RTHPV) da bu konu hakkında net olarak gelen tavsiyeler tartışılmıştır. Aynı yıl hospitz ve palyatif bakım sağlamak için , CDU, SPD ve Yeşiller Grubu, Senatoya bir gensoru vermiş ve senato 27.11.2012 tarihinde, yeterli ihtiyacın sağlanmasının gerekli olduğu görüşüne katılmıştır. Bizim toplumumuz gibi varlıklı bir toplumda herkes için ölüm onurlu bir ölüm olmalı. Bu konuda şimdiye kadar çok az şey yapılmıştır. Kuzey Bremen'de ikinci hospitz kurulmuş olmasına rağmen. Ambulant palyatif bakım da uzmanlaştırılmış geliştirilmiştir. KldW de palyatif bakım ünitesi genişletilmiş, ancak orada başarılı olan palyatif bakım irtibat ve danışma hizmetinin bütün kliniklerde de uygulanması hala beklemede. Şimdi, CDU meclis grubu, Bremen Parlamentosu'nun (Landtag) Senato'ya aşağıda belirtilen konularda soru yöneltilmesine karar verilmesini talep ediyor :

1 Yuvarlak Masanın aşağıda belirtilen konulardaki önerilerinin bu konular için ne şekilde uygulandığının Bremen Parlamentosuna (Landtag) 31.08.2016 tarihine kadar bir rapor halinde belirtilmesini ,

a) Hospitz bakım,
b) Palyatif İrtibat Hizmetleri,
c) SAPV (uzman-ambulant-palyatif bakım) grubu,
d) Demanslı , engelli ve özel bir göç geçmişi olan insanların ihtiyaçları,
e) Gönüllülerin eğitimi ve personel desteği;

2. Meclisteki yetkili bakanlıkların bu seçim döneminde de ,hospitz bakım ve palyatif bakım planlama konusundaki kararlarında , Yuvarlak Masanın bir danışman sıfatıyla görüşlerinin alınmasının sağlanması (Kaynak: Meclis tutanağı 19/366 v 04/12 .2016)

Bremen Yaşlılar Temsilciliği bu kararın nihayet Bremen hospitz ve palyatif bakım gelişiminde yeniden bir hareket getirmek için yardımcı olacağını umuyor. **Gerd Feller**

(Hospiz- und Palliativversorgung im Land Bremen stärken. Durchblick 196, Mai 2016, S.8)

Tercüme: Dipl.jur. Feride Abdeljalil
Editör: Zeynep Sümer
(Mit Unterstützung der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Referat Integration)

Kim yaşlılıkda daha macera arıyorsa

Onlar, Merkez istasyonda (Haupt-bahnhof) bilet otamatlarının kullanımında zorluğu olanlara yardımcı olan gönüllülere katılabilir. 3 Kasım 2008'den bu yana Bremen Merkez İstasyonunda yaşlı gönüllü yardımcılar , bilet otamatlarının kullanımında yaşlı ve genç müşterilere yardımcı oluyor.

DB AG'nin DB (Alman Demiryolları) tarafından eğitilmiş 10 gönüllü yaşlı yardımcı Pazartesinden- Cuma gününe kadar, 14:00 16:00 saatleri arası, bilet otamatlarının kullanımı konusunda zorlukları olan aslında, akranlarına yardımcı olmak için istasyon grişinde bilet otamatlarının yanında bulunuyorlar, fakat şimdi çok genç müşteriler tarafından da bu yardım memnuniyet ile kabul edilmektedir.

DB AG ile işbirliği içinde Bremen Yaşlılar Temsilciliği tarafından başlatılan bu proje, Almanya'da tek olup ve hatta hala 8 yıl sonra dahi iyi çalışıyor, çünkü gönüllüler bunu severek yapıyorlar ve tavsiye isteyen demiryolu yolcuları yararına bu daha da sürdürülücektir.

11 Mayıs 2016 tarihinde, Yaşlılar Temsilciliği'nin bazı yönetim kurulu üyeleri ve basın görevlisi ile birlikte bir araya gelindi ve deneyimleri hakkında neşeyle ve coşkuyla konuşuldu. Onlar,sadece otamatların kullanımında bilgi alışverişi değil, aynı zamanda genç ve yaşlı yardım arayan demiryolu müşterileri ile konuşmaları ya da diğer insanlarla karşılaşmalarda birbirleriyle istasyonda sohbet etme fırsatı buluyorlar. Düzenli eğitim almaları nedeni ile bilet alımlarında tüm avantaj ve kolaylıkları biliyorlar, örneğin nasıl ucuz bilet alımından yararlanılabilir , trende nasıl ve nerede (IC) bisiklet taşınabilir veya peronda bilet basma gibi . Ayrıca yerli ve yabancılar ile ilginç karşılaşmalarda genellikle yabancı dil becerilerini tazelemek de mümkün.

Yaşlı ve genç insanlara belirli bir "sosyal yardım" faaliyeti % 30 içerirken şimdi, otamatlarda gönüllü yardımcılarla bu faaliyet yaklaşık % 70 içerir. Bu koşullar altında bile DB AG'nin bir servis sağlayıcısı olarak otamat yardımcılarını , Bremen Yaşlılar Temsilciliği'nin bir çalışanı olarak anlamak şaşırtıcı değil. Birçok insanın yararı için projenin desteklenmesi ve devamı tavsiye edilir.

Bizim gönüllülerimiz, hayatı seven deneyimli ve yaşlılara ve diğer insanlara yardım edecek yeni diğer yaşlı gönüllülerin daha katılımını arzu ediyorlar. Yardımcı olmaya istekli olanların , Bremen Yaşlılar Temsilciliği´ne baş vurmalarını rica ediyoruz : Tivoli-Hochhaus, Bahnhofsplatz 29, 28195 Bremen, Tel.: 0421-136 6769 oder E-Mail: seniorenvertretung@soziales.bremen.de.

Gerd Feller

(Wer im Alter noch Abenteuer sucht. Durchblick 197, Juni 2016, S.8)

Yaşlı ve bakımevlerinde göçmenlerin durumu

Bremen şehir nüfusu

Toplam nüfus :	**548.547**	
bundan göçmen kökenli olan nüfus :	162.319	29,59 % top..nüfusa oran
65 yaş üzeri nüfus :	**115.733**	
bundan göçmen kökenli olan nüfus :	15.5**27**	13,42% 65 yaş üzeri top.nüfusa oranı
Tahmin 2030 yılında 65 yaş üzeri göçmen sayısı :	22.913	20% 65 yaş üzeri top.nüfusa oranı
80 yaş üzeri toplam nüfus: bundan göçmen kökenli olan nüfus:	**30.017** 932	3,10% 80 yaş üzeri top.nüfusa oranı
Göçmen kökenli nüfusun geldikleri ülkeler:		
Türkiye	36.803	22,67%
Rusya ve Doğu Avrupa	27.798	17,12%
Polonya	20.543	12.65%
diğer ülkeler	77.175	47,55%

(**Quelle:** Statistisches Landesamt Bremen, 31.12.2013)

Toplumdaki demografik değişim nedeni ile yaşlı sayısı artmaktadir. Birinci nesil sözde" misafir işçi" sadece birkaçyıl çalışıp tekrar ülkelerine dönmek amacı ile gelmişlerdi.Bu nedenle Almanya'da yaşlanmayı düşünmemişler ve buna hazırlıklı da değillerdi.
Bugün bu neslin büyük bir kısmı geldikleri ülke ve Almanya arasında gidip geliyorlar.Zamanla yaşlarının ilerlemesi sağlık ve ailevi nedenlerden dolayı Almanyada daha uzun süre veya temelli kalacaklardır.

Birinci nesil ve ikinci neslin büyük bir çoğunluğu geleneksel ve islami prensiplerin güçlü bir şekilde etkisi altındadır.Ebeveynlerin bakımı bir aile ilişkisi olarak görülür , çocukların anne ve babaya bakımı bir görev olarak kabul edilir.Bu nedenle ebeveynlerin yaşlı evlerinde kalmaları,bakım evlerinde bakılmaları red edilir ve bu son çare olarak görülür.

Ancak ailede ve toplumda yapısal değişiklikler , iş hayatı meslekleri, çocuklarının yetiştirilmesi,ev işleri nedeni ile aile fertleri tarafından geleneksel anne babaya bakım giderek bir yük haline gelmektedir.Bu nedenle yaşlı evlerinde kalmak ve bakım evlerinde bakılmak artık ne anne baba nede çocuklar tarafından ayni şekilde red edilmemekte ve daha olumlu karşılanmaktadır.

Diğer kültürlerden gelen ,çoğunlukla müslüman göçmenlerin yaşlı ve bakım evlerine karşı korku ve ön yargıları mevcut ve bu nedenle mümkün olduğu sürece kendi evlerinde yaşamak istiyorlar ancak "yaşlı ve bakım evlerinin" son çare olduğunu biliyor ve kabul ediyorlar.Seneler önce kendilerince bir mana ifade etmeyen bu konu artık bir realite olarak görülüyor.Gelecekte bu tesislerin yaşlı göçmenler tarafından kullanılması artacaktır.

Bu nedenle,bu tesislerde bazı yapısal değişiklikler mekansal değişiklikler,kültürel ve dinsel hassasiyet gözetilerek düzenlenmiş alanlar gereklidir.Aynı şekilde göçmenlerin dilsel,kültürel ve dinsel ihtiyaçları dikkate alınmalıdır.Personel yapısında değişiklik ,hasta ana dili ile iletişim , biyografik ve kültürlerarası becerilere sahip personel önemlidir.

Bu bağlamda şu sorular akla geliyor: Mevcut durum nedir? Yaşlı ve bakım evlerinde kaç göçmen var?Gelecekte kültürel açıdan hassas yaşlı bakımı göçmenlerin ihtiyaçlarına göre nasıl düzenlenecek ?

Bu sorular yada bu alanda diğer konularla gelecekte daha fazla uğraşmak zorunda kalınacak. Bu nedenle gelecek için hazırlıklı olunmalıdır. Haziran 2016 da Zeynep Sümer tarafından , 77 yaşlı ve bakımevi ile yapılan telefon anketi sonuçları " Durchblick" Kasım ayı baskısında yayınlanacaktır. (Devam edecek)

Zeynep Sümer

(Die Lage der Migranten in Bremer Altenwohn- und Pflegeheimen, Durchblick .201, Oktober 2016, S.4)